



Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland
Parlamentarische Arbeit nimmt Fahrt auf
Bundestagsausschüsse gebildet – Landesgruppe gut aufgestellt

Nach der Konstituierung der Fraktionsgremien und Ausschüsse in dieser Woche beginnt jetzt endlich die richtige Parlaments- und Regierungsarbeit der Großen Koalition. Die einzelnen Abgeordneten wissen jetzt, in welchen Ausschüssen sie sich künftig engagieren werden. Dabei ist uns als Landesgruppe gelungen, in fast allen Ausschüssen mit mindesten einem Mitglied vertreten zu sein. Somit sind wir in der Lage möglichst viele Politikbereiche inhaltlich abzudecken.

Auch die Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse sowie die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen der Fraktion wurden gewählt. Dabei hat die Landesgruppe erneut ihren großen Einfluss geltend machen können. Neben Gitta Connemann als Vorsitzende des Agrarausschusses stellt sie mit Franz-Josef Holzenkamp und Henning Otte auch die Arbeitsgruppenchefs im Bereich Ernährung und Landwirtschaft bzw. Verteidigung. Dr. Ursula von der Leyen – diesmal als erste Frau an der Spitze des Verteidigungsministeriums – und Prof. Dr. Johanna Wanka bleiben Bundesministerinnen. Auch Enak Ferlemann ist weiterhin Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister. Neu ist hingegen Dr. Maria Flachsbarth als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeslandwirtschaftsminister. Mit ihr, dem agrarpolitischen Sprecher der Fraktion und der Vorsitzenden des Bundestagsagrarausschusses sind gleich drei Schlüsselpositionen im Bereich der Agrarpolitik mit niedersächsischen Christdemokraten besetzt. Eine gute Nachricht für Niedersachsen als Agrarland Nr. 1 in Deutschland! Darüber hinaus bleibt Michael Grosse-Brömer als erster Parlamentarischer Geschäftsführer auch in dieser Wahlperiode der „Manager“ der Unionsfraktion und damit rechte Hand von Volker Kauder und Angela Merkel.

Dieses gute Abschneiden bei den Personalentscheidungen zeigt wieder einmal den Stellenwert der Landesgruppe in der Fraktion. Jetzt geht es darum, die im Koalitionsvertrag vereinbarten gemeinsamen Projekte anzugehen und das Land voranzubringen. Wir haben genug gemeinsame Aufgaben vor uns.

Verhandlungen mit den USA gehen weiter

Der Abschluss eines No-Spy-Abkommens mit den Vereinigten Staaten ist für Deutschland wichtig, um die Vertrauensbasis mit unseren Freunden in den USA wiederherzustellen. Uns ist sehr daran gelegen, die transatlantische Partnerschaft weiter auszubauen. Das Geschehene darf aber nicht verharmlost, sondern muss klar und nüchtern betrachtet werden. Es waren die amerikanischen Geheimdienste, die mit ihrem Drang nach Informationen zu weit gegangen sind. Dies darf sich unter Freunden nicht wiederholen. Auch in den USA selbst wird gerade eine Diskussion darüber geführt, ob die Geheimdienste in ihrer Datensammelwut nicht zu weit gegangen sind.

Berichten, wonach die Verhandlungen zum No-Spy-Abkommen schon jetzt gescheitert wären, müssen wir zurückweisen. Das Gegenteil ist der Fall: es wird weiter verhandelt. Eine gute Grundlage und eindeutige Regeln für den Datenaustausch zu schaffen, ist aber rechtlich und

technisch kompliziert. Darüber hinaus ist auch noch nicht geklärt, wie die Einhaltung des Abkommens kontrolliert werden soll.

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten sind die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten weiterhin von Freundschaft geprägt. Die USA unterstützen uns in vielen Fragen der äußeren und inneren Sicherheit, beispielsweise bei der Terrorabwehr oder in unserer Zusammenarbeit beim internationalen Einsatz in Afghanistan. Für uns ist klar, dass wir weiter am Abschluss des No-Spy-Abkommens arbeiten wollen. Denn sollten wir zu keiner Einigung kommen, wäre dies ein Rückschlag für unsere enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit.

Debatte über Zuwanderung wichtig

Die Personenfreizügigkeit ist als eine der Grundfreiheiten der Europäischen Union ein Wesenselement im gemeinsamen Binnenmarkt. Wir brauchen in Deutschland Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte für unsere wachsende Wirtschaft. Dies alles ist unbestritten. Die Freizügigkeit ist ein großes Geschenk. Wir sollten aber nicht verschweigen, dass auch Menschen kommen, die gar nicht arbeiten oder sich integrieren wollen. Darüber müssen wir offen reden können. Denn wenn man mit Sozialarbeitern oder Polizisten spricht, dann weiß man, dass die Zuwanderung in unser Sozialsystem in den Kommunen eine Rolle spielt. Die Zahl der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien, die nach Deutschland gekommen sind und Sozialleistungen erhalten, ist gestiegen. Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums beziehen rund zehn Prozent der hier lebenden Rumänen und Bulgaren Hartz IV-Leistungen. Das ist nicht der Sinn der Regelungen zur Personenfreizügigkeit der EU. Dort heißt es ganz klar: Keine Zuwanderung in die Sozialsysteme. Daher ist es richtig, dass die Bundesregierung zu Beginn dieser Woche einen Staatssekretärsausschuss eingesetzt hat, der sich mit diesem Thema befasst und Lösungen für die in etlichen Städten vorhandenen Probleme mit Armutsmigration vorschlagen wird.

Weniger Neuverschuldung als geplant

Das Bundesfinanzministerium hat am Mittwoch das vorläufige Ergebnis des Bundeshaushalts 2013 bekannt gegeben. Die Neuverschuldung des Bundes beträgt 3 Milliarden Euro weniger als ursprünglich geplant. Sie ist damit zum fünften Mal in Folge geringer ausgefallen als in den Haushaltsplanungen vorgesehen. Diese gute Serie wollen wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Deshalb werden wir im Haushaltsaufstellungsverfahren weiterhin von vorsichtigen Annahmen, beispielsweise hinsichtlich der Steuerschätzung und der konjunkturellen Entwicklung, ausgehen.

Dass der Bund im vergangenen Jahr trotz der zusätzlichen Ausgaben für die Fluthilfe deutlich weniger neue Schulden machen musste als zuletzt geplant, bestätigt unsere Politik. Diese Strategie werden wir fortsetzen und für dieses Jahr einen strukturell ausgeglicheneren Haushalt vorlegen und ab dem Jahr 2015 Haushalte ohne neue Schulden aufstellen.

Die Woche im Parlament

OECD-Studie Pisa 2012: Schulische Bildung in Deutschland besser und gerechter. Wir debattierten im Plenum die erfreulichen Ergebnisse der fünften PISA-Studie der OECD, nach denen die geprüften deutschen Schüler klar über dem internationalen Durchschnitt liegen.

Jahresbericht 2012 des Wehrbeauftragten. Etwa 4.300 Eingaben vermeldet der 54. Bericht des Wehrbeauftragten. Diese Zahl ist nicht zuletzt Ausdruck vieler Probleme, die unsere Soldaten belasten. Allerdings werden die Tätigkeitsberichte des Wehrbeauftragten oft als reine Mängelberichte wahrgenommen, was jedoch weder der Stimmung in der Truppe noch der Leistungsfähigkeit unserer Streitkräfte insgesamt gerecht wird.

Wahl der Schriftführer gemäß § 3 der Geschäftsordnung. Zur Vervollständigung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments wählten wir die für die Plenarsitzungen unerlässlichen Schriftführer.

Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemäß Artikel 1 und 2 des Gesetzes über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Der Bundestag kann 18 ordentliche und ebenso viele stellvertretende Mitglieder in die Parlamentarische Versammlung des Europarates entsenden. Der Europarat besteht seit 1949 und ist damit die älteste europäische Organisation. Auf der Grundlage der Mehrheitsverhältnisse stellt unsere Fraktion in dieser Wahlperiode je 9 ordentliche und stellvertretende Mitglieder, die SPD-Fraktion je 5, Linke und Grüne jeweils 2 ordentliche und stellvertretende Mitglieder. Die neue Delegation wird am 27. Januar 2014 in Straßburg akkreditiert.

Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes. Auf gemeinsamen Antrag aller Fraktionen im Deutschen Bundestag beschließen wir die Einsetzung eines Gremiums zur Kontrolle der nachrichtendienstlichen Tätigkeit des Bundes und legen darüber hinaus die Zahl der Mitglieder des PKGr für die 18. Wahlperiode fest. Unsere Anregung, die Zahl der Mitglieder dieses Gremiums von 11 auf 9 zu verringern, wird von den anderen Fraktionen mitgetragen. Bei dieser Größe stellt unsere Fraktion 4 und die SPD-Fraktion 3 Mitglieder. Linke und Grüne stellen jeweils ein Mitglied.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) sowie des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 4. Dezember 2012. Die Bundeswehr soll sich nach dem Vorschlag der Bundesregierung weiterhin mit bis zu 400 deutschen Soldaten in zwei Patriot-Flugabwehrstaffeln im türkisch-syrischen Grenzgebiet engagieren. Das Mandat „Active Fence“ schützt Teile der Türkei vor möglichen Raketen aus Syrien. Die Truppe ist nicht im unmittelbaren türkisch-syrischen Grenzgebiet stationiert, sondern in Kahramanmaraş, rund 100 Kilometer nördlich der Grenze. Am Einsatz beteiligen sich auch die Niederlande und die USA. Es geht dabei in erster Linie um ein Zeichen der Solidarität mit dem NATO-Partner Türkei, der unmittelbar an die Konfliktregion angrenzt.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR im gesamten Mittelmeer. Das zweite Mandat betrifft die NATO-geführte Operation „Active Endeavour“ im Mittelmeer. Es sieht eine von 700 auf 500 Soldaten reduzierte personelle Obergrenze vor und gilt bis zum 31. Dezember 2014. Derzeit nehmen allerdings keine deutschen Soldaten teil. Die Operation „Active Endeavour“ wurde durch die NATO-Mitgliedstaaten beschlossen, um im Mittelmeerraum einen Beitrag zur maritimen Terrorismusabwehr zu leisten. Diese Bedrohung wird derzeit jedoch als abstrakt bewertet. Deshalb wird sich der deutsche Beitrag künftig auf die Beteiligung an den ständigen maritimen Verbänden der NATO, an den Flügen der AWACS und auf den Austausch von Lagedaten beschränken. Deutschland setzt sich im Bündnis kontinuierlich dafür ein, die Einsatzgrundlagen von OAE auch konzeptionell an die tatsächliche Einsatzrealität anzupassen. Dazu wurden konkrete Vorschläge gemacht. Das Aufgabenspektrum der Operation soll sich danach auf Seeraumüberwachung, Lagebilderstellung und

regionale Zusammenarbeit beschränken. Die Bundesregierung wirbt hierfür intensiv unter den Bündnispartnern.

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission. Die Europäische Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für 2014 bereits im vergangenen Oktober veröffentlicht. Es sieht vier vorrangig zu behandelnde Themenbereiche vor: Neben der Wirtschafts- und Währungsunion stehen Initiativen zur Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung im Vordergrund, auch mit Blick auf einen europäischen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik. Weiterhin stellt die Kommission den Bereich der Sicherheits- und Justizpolitik in das Zentrum ihres Handelns. Schließlich legt sie eine außenwirtschaftliche und außenpolitische Handlungsagenda vor. Uns ist es ein besonderes Anliegen, dass dieses Arbeitsprogramm im Deutschen Bundestag und damit vor der breiten Öffentlichkeit diskutiert wird. Wir debattierten dieses Arbeitsprogramm unter besonderer Beachtung der Entwicklung in der Eurozone, der Arbeit an der Bankenunion sowie der Freizügigkeit in Europa. Auch die Frage, wie sich die Dienstleistungsfreiheit und die Gewährleistung von Sozialleistungen entwickeln können, spielte eine Rolle.

Daten und Fakten

Einzelhandelsumsatz nahm 2013 zu. Das Statistische Bundesamt schätzt auf der Grundlage der Zahlen von Januar bis November 2013, dass der Einzelhandelsumsatz im Jahr 2013 nominal zwischen 1,6 % und 1,8 % und inflationsbereinigt um 0,3 % bis 0,5 % zugenommen hat. Nach vorläufigen Ergebnissen wurde im Einzelhandel im November 2013 nominal 2,6 % mehr umgesetzt als im November des Vorjahres. Dabei lag die Anzahl der Verkaufstage sowohl im November 2012 als auch im November 2013 bei 26. Der Einzelhandel setzte im November 2013 im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal 4,1 % mehr an Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren um. Bei Nicht-Lebensmitteln stieg der Umsatz um nominal 1,4 %. Während in Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten der Umsatz nominal 4,4 % höher lag als im November 2012, konnte im Facheinzelhandel nur eine geringe Steigerung von nominal 0,2 % gemessen werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Zahl der Erwerbstätigen erreicht weiteres Rekordhoch. Im Jahr 2013 waren durchschnittlich 41,78 Mio. Personen in Deutschland erwerbstätig, das entspricht einem Plus von 232.000 Personen oder 0,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen erreicht somit im siebten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Allerdings hat sich der Arbeitsplatzaufbau 2013 im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt verlangsamt. Nach vorläufigen Schätzungen sank die Zahl der Erwerbslosen um 36.000 Personen auf 2,3 Mio., was einer Erwerbslosenquote von 5,2 % im Jahresdurchschnitt entspricht. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben wie schon in den Vorjahren überproportional von den positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt profitiert. Die Zahl der Arbeitnehmer stieg um 0,8 % oder 297.000 Personen auf insgesamt 37,29 Mio.. Im Vergleich dazu sank die Zahl der Selbständigen, einschließlich mithelfender Familienangehöriger um 65.000 Personen auf 4,48 Mio.. Im Jahresdurchschnitt wuchs die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbranchen um 227.000 Personen, den größten Anteil hatten die unternehmensnahen Dienstleistungen, mit einem Anstieg von 122.000 Erwerbstätigen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

 **CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Enak Ferlemann MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de